



DIE WELT, 27.05.2022, Nr. 102, S. 2 / Ressort: Politik

Rubrik: Auf einen Blick

Auf einen Blick

Innenpolitik ++ Umfrage: Günther hängt Habeck ab ++ Ärztetag: Mehr Studienplätze erforderlich ++ Gesundheitsminister Lauterbach: Option für Maskenpflicht im Herbst ++ Kind und Karriere: Eltern werden abgewertet ++ Außenpolitik ++ "Hat das Jahr 1938 im Kalender stehen": Selenskyj attackiert Kissinger ++ Früherer Botschafter in Moskau: Machtwechsel eher unrealistisch ++ Karlspreis an belarussische Oppositionelle: Europa muss einig sein ++ Menschenrechte in China: Exil-Uiguren fordern Sanktionen ++ Wissen ++ Affenpocken: Warnung vor Impfstoff-Hortung ++ John Kerry: Klimakrise nicht aus Blick verlieren ++ Wirtschaft und Geld ++ Mieter und Vermieter: Neue Aufteilung der CO2-Kosten ++ Großbritannien: Sondersteuer für Ölkonzerne ++ Geldanlage: Substanz ist wieder gefragt ++ Deal für 57 Milliarden Euro: Broadcom kauft VMware ++ Brandenburg: Tesla plant Güterbahnhof ++ Tag an der Börse: Fed-Protokolle schieben Dax an ++ Sport ++ Premier League: Chelsea-Übernahme genehmigt ++ Neuer Vertrag: Schick verlängert bei Bayer ++ Eishockey-WM: Deutsche im Viertelfinale raus ++ Kultur und Gesellschaft ++ Hamburg: Kabarettist Scheibner gestorben ++ Wegen Corona-Infektion: Grönemeyer sagt Jubiläumstour ab ++ Kassel: Lebenslang für falsche Ärztin

Innenpolitik

Umfrage

Günther hängt Habeck ab

Welchem Politiker vertrauen die Bürger in Deutschland am meisten? Laut aktuellem RTL/ntv-Trendbarometer des Meinungsforschungsinstituts Forsa ist das Vertrauen der Wähler in Daniel Günther, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, seit März am meisten gestiegen. Demnach verzeichnet der CDU-Politiker mit 58 Punkten (plus 13 Punkte) den stärksten Vertrauenszuwachs. Auf ihn folgen die Grünen-Politiker Robert Habeck (56 Punkte) und Annalena Baerbock (53 Punkte). Der Wahlsieger der nordrhein-westfälischen Landtagswahl, Hendrik Wüst (CDU), folgt mit 50 Vertrauenspunkten auf Rang vier und liegt damit knapp vor Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit 49 Punkten. Das Ende des Rankings im Mai bilden mit Werten unter 20 Punkten Janine Wissler (Linke), Tino Chrupalla und Alice Weidel (beide AfD).

Ärztetag

Mehr Studienplätze erforderlich

Nach dem Lehrermangel droht in Deutschland bald auch ein Ärztemangel - unter anderem deshalb, weil es zu wenige Studienplätze gibt. Der Deutsche Ärztetag in Bremen hat jedenfalls an die Bundesländer appelliert, die Zahl der staatlich finanzierten Medizinstudienplätze in Deutschland kurzfristig um mindestens 6000 zu erhöhen. Dies sei notwendig, "um den steigenden Versorgungsbedarf in einer Gesellschaft des langen Lebens zu decken", hieß es am Donnerstag in einer Erklärung. Zudem stehe die Ärzteschaft in Deutschland vor einer enormen Ruhestandswelle. Rund 20 Prozent der Ärzte scheiden demnach in den kommenden Jahren altersbedingt aus dem Berufsleben aus; unter den Kinder- und Jugendärzten geht zwischen 2020 und 2025 sogar ein Viertel in den Ruhestand.

Gesundheitsminister Lauterbach

Option für Maskenpflicht im Herbst

Kommt im Herbst die nächste Corona-Welle? Falls ja, will Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vorbereitet sein - und wieder mit einer Maskenpflicht in Innenräumen reagieren können. Derzeit werde erneut am Infektionsschutzgesetz gearbeitet, sagte der SPD-Politiker im ZDF. "Das läuft ja am 23.9. aus. Und dann wird die Frage erneut zu diskutieren sein, ob zum Beispiel Maskentragen in Innenräumen wieder verpflichtend wird." Er halte es für unbedingt notwendig, sich für den Herbst diese Möglichkeit zu eröffnen. Aktuell sinken die Corona-Inzidenz und die Zahl der Klinikaufnahmen weiter - das Robert Koch-Institut schätzt die Gefährdung für die Bevölkerung aber weiterhin als hoch ein.

Kind und Karriere

Eltern werden abgewertet

Viele Unternehmen geben sich Mühe, für jüngere Mitarbeiter attraktiv zu sein - angesichts der demografischen Entwicklung nachvollziehbar. Umso unverständlicher ist es, dass viele junge Eltern im Job Benachteiligung erfahren, wie eine vom Forschungsinstitut Prognos erstellte Umfrage unter 2500 Befragten mit Kindern unter sieben Jahren zeigt. Das gehe bereits vor der Geburt los. 56 Prozent machten demnach mindestens eine diskriminierende Erfahrung im Zusammenhang mit der Schwangerschaft. Das betraf vor allem Frauen (72 Prozent), aber auch 44 Prozent der werdenden Väter. Geschildert werden Formen sozialer Herabwürdigung und abfällige Kommentare. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sieht gesetzlichen Regelungsbedarf - mehr dazu auf Seite 4.

Außenpolitik

"Hat das Jahr 1938 im Kalender stehen"

Selenskyj attackiert Kissinger

Territoriale Zugeständnisse an Russland, um den Krieg zu beenden? Ukraines Präsident Wolodymyr Selenskyj weist solche Vorschläge scharf zurück. "Was auch immer der russische Staat tut, es wird sich immer jemand finden, der sagt: Lasst uns seine Interessen berücksichtigen", sagt Selenskyj in einer Videoansprache. Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger hatte zuvor auf dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos vorgeschlagen, die Ukraine solle Russland die 2014 annektierte Krim überlassen. "Man hat den Eindruck, dass Herr Kissinger nicht das Jahr 2022 auf seinem Kalender stehen hat, sondern das Jahr 1938, und dass er glaubt, er spreche nicht in Davos, sondern in München zu einem Publikum von damals." 1938 schlossen Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland in München einen Pakt, der Adolf Hitler Land in der damaligen Tschechoslowakei zusprach, um ihn zum Verzicht auf weitere Gebietserweiterungen zu bewegen. Selenskyj: "Diejenigen, die der Ukraine raten, Russland etwas zu geben, diese 'großen weltpolitischen Figuren', sehen nie die gewöhnlichen Menschen, die gewöhnlichen Ukrainer, die Millionen, die auf dem Gebiet leben, das sie für einen illusorischen Frieden eintauschen wollen." Lesen Sie dazu den Leitartikel auf Seite 7.

Früherer Botschafter in Moskau

Machtwechsel eher unrealistisch

Der frühere deutsche Botschafter in Moskau Rüdiger von Fritsch geht nicht davon aus, dass der russische Krieg in der Ukraine absehbar zu Protesten führen wird, die einen Machtwechsel im Kreml nach sich ziehen könnten. Derartige Hoffnungen halte er trotz zahlreicher Sanktionen gegen das Land für "verfehlt", sagte von Fritsch WELT. "In Russland gibt es die alte Frage: Siegt der Kühlschrank oder der Fernseher? Im Moment siegt eindeutig noch der Fernseher. Die Propaganda ist massiver, als die Versorgungslage schlecht wäre." Falls es eine Erhebung gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin geben sollte, würde diese noch am ehesten vom Militär ausgehen. "Dort hat man natürlich ein sehr klares Bild der Kriegslage", sagte von Fritsch. "Einige Militärs könnten zu dem Schluss kommen, dass der Krieg so deutlich zu Russlands Schaden ist, dass es besser wäre, den Präsidenten auszutauschen." Dann würde womöglich auch die Invasion der Ukraine ein Ende finden - was allerdings nicht automatisch ein besseres Verhältnis zum Westen zur Folge hätte. Mehr zum Ukraine-Krieg lesen Sie auf Seite 6.

Karlspreis an belarussische Oppositionelle

Europa muss einig sein

Die belarussische Karlspreisträgerin Swetlana Tichanowskaja hat auf die Bedeutung der Einigkeit Europas mit Blick auf den Frieden in der Ukraine und die Demokratie in ihrer Heimat Belarus hingewiesen. Diktatoren versuchten, den Westen zu spalten, sagte die im Exil lebende Oppositionsführerin am Donnerstag nach der Preisverleihung im Krönungssaal des Aachener Rathauses. "Sie versuchen, einen Keil zwischen die Länder der Europäischen Union zu treiben." Der Karlspreis gehöre nicht ihr oder dem Trio der damit ausgezeichneten Frauen, sondern allen Belarussen, die enorme Anstrengung und Hingabe in ihrem friedlichen, gewaltlosen Kampf gegen Tyrannei gezeigt hätten. Mit dem renommierten Preis der Stadt Aachen ausgezeichnet wurde auch ihre Mitstreiterinnen Veronika Zepkalo, die sich mit einer emotionalen Rede bedankte. Die dritte Preisträgerin, Maria Kolesnikowa, ist in Belarus zu elf Jahren Haft verurteilt worden. Daher nahm ihre Schwester Tatjana Chomitsch den Preis entgegen.

Menschenrechte in China

Exil-Uiguren fordern Sanktionen

Angesichts neuer Berichte über eine brutale Verfolgung der muslimischen Minderheit der Uiguren in China verlangt deren Exil-Organisation Sanktionen. "In den vergangenen fünf, sechs Jahren hat die chinesische Regierung ihren Kurs geändert - von erzwungener Assimilierung und Diskriminierung zum Völkermord", sagte der Präsident des Uigurischen Weltkongresses (UWC), Dolkun Isa, am Donnerstag. "Verurteilung und leere Statements können Genozid nicht stoppen." Auch an die Bundesregierung direkt richtete Isa die Aufforderung, Strafmaßnahmen gegen China zu verhängen. In München treffen sich bis Samstag etwa 200 Vertreter des UWC und politische Unterstützer zu einer Tagung. Isa forderte: "Deutsche Unternehmen sollten keine Geschäfte mehr in China machen." Deutschland hat Chinas Umgang mit der Minderheit zuletzt scharf kritisiert. Aber was sind die Konsequenzen daraus? Mehr dazu auf Seite 6.

Wissen

Affenpocken

Warnung vor Impfstoff-Hortung

Aus der Corona-Zeit lernen: Die Afrikanische Gesundheitsbehörde für ansteckende Krankheiten (CDC) hat angesichts der Ausbreitung von Affenpocken-Fällen in Europa und Nordamerika vor einer Hortung von Impfstoffen in den westlichen Staaten gewarnt. Ahmed Ogwell, stellvertretender CDC-Direktor, appellierte am Donnerstag in Addis Abeba, Lehren aus der Anfangszeit der Corona-Pandemie zu ziehen. Derzeit verfügten die Gesundheitsbehörden in den afrikanischen Ländern, in denen die Krankheit endemisch ist, nur über wenig Impfstoff. Daher würden vor allem die Mitarbeiter des Gesundheitsdienstes "an der Front" der Krankheitsbekämpfung geimpft. "Wir hoffen, dass Impfstoff vor allem dort verfügbar ist, wo das Risiko am höchsten ist - nicht dort, wo man besonders viel für ihn bezahlen kann."

John Kerry

Klimakrise nicht aus Blick verlieren

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dominiert die Nachrichten und viele Gespräche. Der US-Klimabeauftragte John Kerry hat nun davor gewarnt, deshalb die globale Erwärmung aus dem Blick zu verlieren. "Die Klimakrise wird nicht verschwinden", sagte Kerry am Donnerstag in Berlin, wo die Minister für **Energie** und Klima der sieben großen Industrienationen (G7) zusammenkamen. Es sei "absolut entscheidend", dass "wir unsere Anstrengungen zur Umstellung auf Unabhängigkeit, auf **erneuerbare**, alternative **Energie** beschleunigen". Kerry warnte auch vor falschen Schlüssen aus dem Ukraine-Krieg, infolgedessen die westlichen Staaten ihre Abhängigkeit von russischer **Energie** reduzieren wollen. Man dürfe nicht der "falschen Erzählung" verfallen, dass es wegen der Ukraine nun eine Entschuldigung dafür gebe, eine ganz neue Generation fossiler Infrastruktur zu bauen.

Wirtschaft und Geld

Mieter und Vermieter

Neue Aufteilung der CO2-Kosten

Vermieter sollen sich künftig an den CO2-Kosten im Gebäudebereich beteiligen: Das Bundeskabinett beschloss einen Gesetzentwurf, der die Kosten aufteilt, und zwar abhängig von der **Energiebilanz** des Gebäudes. Die Regierung lobte das Stufenmodell als "fair" und als Anreiz für Sanierungen. Aber es gibt auch Kritik. Warum weder die Vertreter der Mieter noch der Vermieter zufrieden sind, erfahren Sie auf Seite 9.

Großbritannien

Sondersteuer für Ölkonzerne

Um bedürftige Haushalte bei den drastisch gestiegenen **Energiekosten** zu unterstützen, hat Großbritanniens Finanzminister einen Notfallplan vorgelegt. Zur Finanzierung greift Rishi Sunak auf eine Sondersteuer auf Gewinne der Öl- und Gaswirtschaft zurück, die er selbst lange abgelehnt hat. Die Steuer soll rund fünf Milliarden Pfund (5,9 Milliarden Euro) einspielen und eine finanzielle Entlastung für ärmere Haushalte mitfinanzieren. Unter anderem erhalten Empfänger von Sozialhilfe eine Einmalzahlung von 650 Pfund. Ein bereits früher angekündigter Kredit über 200 Pfund für die **Energierrechnung** wird verdoppelt und in einen Zuschuss umgewandelt, der nicht zurückgezahlt werden muss. Weitere Details lesen Sie auf Seite 10.

Geldanlage

Substanz ist wieder gefragt

Wachstumsaktien funktionieren an der Börse nicht mehr. Die in den vergangenen Jahren stark laufenden Technologiewerte aus dem Nasdaq verlieren von Woche zu Woche. Stattdessen sind Value-Aktien wieder gefragt. Die Value-Strategie zielt darauf ab, günstig bewertete Aktien zu finden und auf ihr Wachstum zu warten. Wie das genau funktioniert und wie man in solche Aktien einfach investieren kann, lesen Sie auf Seite 10.

Deal für 57 Milliarden Euro

Broadcom kauft VMware

Der Chipkonzern Broadcom hat sich mit dem Softwareanbieter VMware auf eine Übernahme geeinigt. Der Deal, der den Cloud-Spezialisten VMware mit etwa 61 Milliarden Dollar (57 Milliarden Euro) bewertet, soll in bar und mit Aktien bezahlt werden. Michael Dell, Gründer des Computerkonzerns Dell Technologies und die Investmentgesellschaft Silver Lake, die 40,2 und 10 Prozent an VMware hielten, stünden ebenfalls hinter der Transaktion.

Brandenburg

Tesla plant Güterbahnhof

Der US-Elektroautobauer Tesla will das Gelände seiner Autofabrik in Grünheide bei Berlin um einen Güterbahnhof und weitere Logistikflächen erweitern. Das Unternehmen stellte nach Angaben der Gemeinde Grünheide einen Antrag zur Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens. "Das ist eine Fläche, die ist noch nicht mit einem B-Plan belegt", sagte Bürgermeister Arne Christiani (parteilos). Er sprach von mehr als 100 Hektar. Es gehe nicht um eine Erweiterung der Autofabrik. Tesla will in einer ersten Ausbauphase rund 500.000 Fahrzeuge im Jahr vom Band rollen lassen und rund 12.000 Mitarbeiter beschäftigen.

Tag an der Börse

Fed-Protokolle schieben Dax an

Die Aussicht auf umsichtige Zinserhöhungen der US-Notenbank Fed lässt europäische Anleger aufatmen. So stieg der deutsche Leitindex Dax am Donnerstag - bei überschaubaren Umsätzen wegen des Feiertags - bis zum Börsenschluss um 1,59 Prozent auf 14.231 Punkte. Die Protokolle der jüngsten Fed-Sitzung signalisierten weitere Zinsschritte von jeweils einem halben Prozentpunkt in den kommenden Monaten. "Anleger sind offenbar erleichtert, dass die Fed keine aggressiveren Erhöhungen angedeutet hat, obwohl die Inflation hoch bleibt", sagte Stuart Cole, Chef-Volkswirt des Brokerhauses Equiti Capital. Weitere Kurse finden Sie auf Seite 9.

Sport

Premier League

Chelsea-Übernahme genehmigt

Nach der britischen Regierung hat auch Portugal die Übernahme des englischen Fußball-Erstligisten FC Chelsea durch ein Konsortium um den US-Geschäftsmann Todd Boehly genehmigt. Die Zustimmung war notwendig, weil der bisherige Eigentümer Roman Abramowitsch, der wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf der EU-Sanktionsliste steht, auch die portugiesische Staatsbürgerschaft besitzt. Zuvor hatte bereits die Premier League dem Deal zugestimmt. Die Genehmigung sei möglich geworden, weil die britischen Behörden garantiert hätten, dass der Erlös aus dem Verkauf für humanitäre Zwecke verwendet wird und weder direkt noch indirekt dem Eigentümer des Klubs zugutekomme, teilte das portugiesische Ministerium weiter mit. Der Preis für den Londoner Club beträgt nach Informationen aus London 4,25 Milliarden Pfund (knapp fünf Milliarden Euro). Damit sollen Kriegsoffer in der Ukraine unterstützt werden.

Neuer Vertrag

Schick verlängert bei Bayer

Fußball-Bundesligist Bayer Leverkusen hat den laufenden Vertrag mit Torjäger Patrik Schick vorzeitig bis Juni 2027 verlängert. Der EM-Torschützenkönig aus Tschechien war in der abgelaufenen Bundesliga-Saison mit 24 Toren die Nummer zwei in der Torschützenliste hinter Weltfußballer Robert Lewandowski vom FC Bayern München (35 Tore). Bei der EM im vergangenen Jahr erzielte Schick für Tschechien fünf Tore und teilte sich Rang eins mit dem portugiesischen Superstar Cristiano Ronaldo.

Eishockey-WM

Deutsche im Viertelfinale raus

Das deutsche Eishockey-Nationalteam ist im Viertelfinale der Weltmeisterschaft in Finnland ausgeschieden. Nach der erfolgreichsten deutschen WM-Vorrunde unterlag die Mannschaft dem Favoriten Tschechien mit 1:4 (0:2, 0:1, 1:1). Damit verpassten die Deutschen nach dem vierten Platz 2021 das zweite Halbfinale nacheinander und mussten ihre Hoffnung auf die erste WM-Medaille seit 1953 aufgeben. Der Anschluss von NHL-Verteidiger Moritz Seider kam zu spät (54. Minute). David Pastrnak (3.), Roman Cervenka (11.) und David Krejci (33.) trafen jeweils in deutscher Unterzahl zugunsten des zwölfmaligen Weltmeisters, Jiri Smejkal (59.) sorgte für die endgültige Entscheidung.

Kultur und Gesellschaft

Hamburg

Kabarettist Scheibner gestorben

Der Hamburger Liedermacher und Kabarettist Hans Scheibner ist tot. Er starb im Alter von 85 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit, wie seine Familie mitteilte. Mit Songs wie "Ich mag so gern am Fließband stehn", seiner Sendereihe "scheibnerweise" (ab 1979 im Ersten) oder auch den NDR-Politsatiren "Walther und Willy" (2001-2006) hatte Scheibner bundesweit Erfolge gefeiert. Seine wohl größte Zeit erlebte er in der legendären "Hamburger Szene" der 70er-Jahre. Scheibner sorgte selbst immer wieder für Karriereknicks. So verglich er 1985 in der NDR-Talkshow Soldaten mit Mördern, woraufhin "scheibnerweise" abgesetzt wurde.

Wegen Corona-Infektion

Grönemeyer sagt Jubiläumstour ab

Der Musiker Herbert Grönemeyer muss seine Jubiläumstournee "20 Jahre Mensch" wegen einer Corona-Infektion absagen. Geplant waren acht Auftritte. Der Auftakt sollte am Donnerstag in Hannover sein. "Unglücklicherweise hat das Virus leider auch Mitarbeiter, Bandmitglieder und Herbert infiziert", hieß es. Die Auftritte in Hannover, Gelsenkirchen, Berlin, Leipzig, Hamburg und München werden den Angaben zufolge ersatzlos gestrichen. Gekaufte Tickets können an den Vorverkaufsstellen zurückgegeben werden. Die nächste Tour des Musikers ist von Mai 2023 an in Deutschland, Österreich und der Schweiz geplant.

Kassel

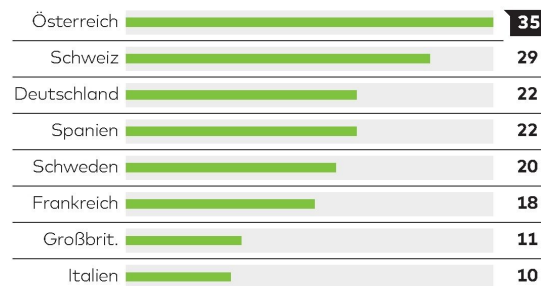
Lebenslang für falsche Ärztin

Vor dem Landgericht Kassel ist eine falsche Narkoseärztin zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Der 51-jährigen Frau wurden mehrfacher Mord, versuchter Mord in mehreren Fällen, gefährliche Körperverletzung und Urkundenfälschung vorgeworfen. Sie soll laut Anklage Patienten "aus eigensüchtigen Motiven" falsch dosierte Medikamente verabreicht haben. Über gefälschte Unterlagen soll sie sich in einem Krankenhaus im Schwalm-Eder-Kreis als Anästhesistin ausgegeben haben, obwohl sie keine Ausbildung dafür hatte. In dem Krankenhaus war sie von 2015 bis 2018 in unterschiedlichen Abteilungen eingesetzt. Bei den Narkosen soll es laut Anklageschrift durch die fehlerhafte Dosierung der Medikamente in mehreren Fällen zu Behandlungsfehlern gekommen sein. In einigen Fällen hätten diese zum Tod der Patienten geführt.

FREIZEIT

Wer wandert gern?

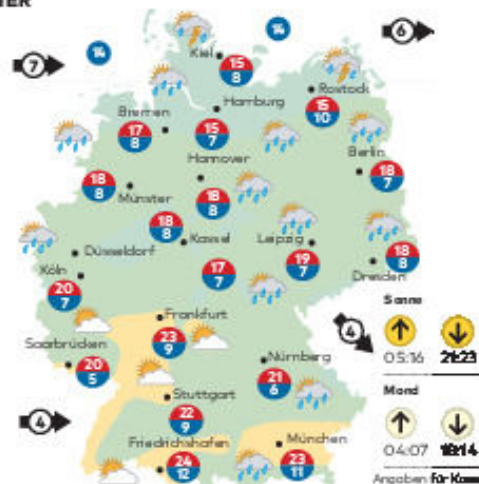
Anteil der Befragten, die zumindest gelegentlich wandern gehen, in Prozent



Basis 3000-9000 Befragte (18-64 Jahre) je Land; April 2021- März 2022

Quelle: Statista Global Consumer Survey

WELT WETTER



Teils Sonne und Wolken, teils Schauer

Heute: Im Tagesverlauf ziehen über den Norden und Osten dichte Wolken mit einigen Schauern. Örtlich machen sich Gewitter in den Wettertafel. Im Süden weichen sich zunächst Sonne und Wolken ab. Später wird es bis zum Nachts, aber auch in Ost- und Südbayern wechselhaft. Mit 19 bis 20, im Südwesten und Süden bis 24 Grad wird es nur mäßig warm.


Blauwetter: Zurzeit hat das Wetter einen großen Einfluss auf den Organismus. Herz und Kreislauf werden besonders belastet. Personen mit hohen Blutdruckwerten sollten sich schonen. Viele werden auch von Kopfschmerzen geplagt.

Ressort:	Politik
Rubrik:	Auf einen Blick
Dokumentnummer:	204611658

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_e60562e6a68f2b582af4df829db26746229e0b80

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH